Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Rheinland-Pfalz

// PRESSEINFORMATION //

GEW Rheinland-Pfalz fordert die Abschaffung der Personalkategorie Wissenschaftliche Hilfskräfte

Als drittes Bundesland nach Berlin und Bremen, die die Personalkategorie Wissenschaftliche Hilfskräfte mit Master- und Diplomabschluss oder Staatsexamen schon vor Jahrzehnten abgeschafft haben bzw. gar nicht erst eingeführt hatten, hat zu Jahresbeginn auch Bayern nachgezogen – mit dem erklärten Ziel, künftig alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler tariflich nach dem Tarifvertrag im öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) zu beschäftigen. Die GEW Rheinland-Pfalz fordert die Landesregierung auf, auch das rheinland-pfälzische Hochschulgesetz entsprechend zu ändern.

„Wir dürfen nicht länger zulassen, dass Masterabsolventinnen und -absolventen tariflich als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter eingestellt werden, andere Absolventinnen und Absolventen mit der gleichen Qualifikation aber als billige wissenschaftliche Hilfskräfte zu geringeren Löhnen eingestellt werden“, so Klaus-Peter Hammer, Vorsitzender der GEW in Rheinland-Pfalz.

Darüber hinaus erwartet die GEW, dass sich die Landesregierung in der kommenden Tarifrunde des öffentlichen Dienstes der Länder im Herbst dieses Jahres aktiv für die Einbeziehung der studentischen Hilfskräfte in den TV-L oder alternativ für einen eigenständigen Tarifvertrag (TV-Stud) einsetzt. „Untertarifliche Beschäftigung in Hochschule und Forschung muss unterbunden werden“, so Klaus-Peter Hammer. „Auch für studentische Beschäftigte muss die Entlohnung durch Tarifverträge geregelt werden. Löhne sind auszuhandeln und nicht durch den Gesetzgeber zu diktieren“.

Mainz, 08.02.2023

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Rheinland-Pfalz | Martinsstraße 17 | 55116 Mainz
Tel.: 06131 28988-0 | Fax: 06131 28988-80 | E-Mail: gew@gew-rlp.de | www.gew-rlp.de
www.facebook.com/GEW.RLP | twitter.com/gew_rlp